

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Bombenanschlag in Jaffna

Mindestens elf Menschen wurden bei einem schweren Sprengstoffanschlag in Jaffna am 11. September getötet. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen. Der Anschlag ereignete sich gegen Mittag im neu errichteten Gebäude des Stadtrats von Jaffna, in dem zu dieser Zeit ein Treffen mehrerer hochrangiger politischer und militärischer Personen stattfand. Unter den Opfern befindet sich der Armeekommandeur von Jaffna, Brigadier Susantha Mendis, der Senior-Superintendent der Polizei, Chandra Perera, sowie der Bürgermeister von Jaffna, Sivapalan. Fünf weitere Polizisten und drei Zivilisten sind unter den Toten.

Sivapalan, lebte nach dem Anschlag zunächst noch, verstarb dann jedoch aufgrund seiner Verletzungen im Krankenhaus. Er war bereits der zweite Bürgermeister von Jaffna, der innerhalb von vier Monaten gewaltsam ums Leben kam. Erst im Mai hatten mutmaßliche LTTE-Angehörige Sarojini Yogeswaran, die Witwe eines ermordeten tamilischen Politikers, in ihrem Haus erschossen. Beide Bürgermeister gehörten der gemäßigten tamilischen TULF an, die nach lokalen Wahlen Anfang des Jahres in Jaffna unter Bedrohungen der LTTE politische Aufgaben übernahm.

Der jüngste Anschlag folgte nur kurz nach dem Schock der Ermordung eines weiteren hochrangigen Armeekommandeurs in Point Pedro wenige Tage zuvor.

In Jaffna breitete sich nach der Bombenexplosion Entsetzen aus. Viele Geschäfte schlossen, die Sicherheitskräfte riegelten weite Teile der Stadt völlig ab.

Untersuchungen der Gebäudetrümmer haben inzwischen ergeben, daß die Sprengladungen offensichtlich bereits während der Bauarbeiten sorgfältig zwischen Zimmerdecken und Dach versteckt wurden - möglicherweise bereits vor Monaten. Die Zündung der Bombe erfolgte dann, nachdem die offizielle Besprechung begonnen hatte, per Fernsteuerung.

Einmal mehr hat sich mit der jüngsten Explosion gezeigt, wie weit der entgegen der Beteuerungen der Regierung der Norden des Landes von einer "Normalität" entfernt ist.

Situation im Norden und Osten

Die Auseinandersetzungen um den Ort

Mankulam im Vanni-Gebiet gingen auch in den letzten Wochen mit unverminderter Härte weiter, ohne daß eine der beteiligten Seiten des Konflikts wesentliche Fortschritte erzielen konnte. Bei einer Attacke der LTTE auf die Armee-Frontlinie am 2. August starben unmittelbar mindestens 15 Soldaten und 37 LTTE-Kader. Die Auseinandersetzungen gingen noch wochenlang weiter. Auch um Kilinochchi wurden mehr als hundert Personen bei Kampfhandlungen getötet.

Im Osten gibt es keine Stabilisierung der Situation im Bereich der Stadt Batticaloa. Immer wieder ereignen sich kleinere Zusammenstöße zwischen Armee und LTTE im Gebiet westlich der Batticaloa-Lagune. Die Situation ist höchst gespannt. Am 17. August explodierte im Stadtzentrum eine Bombe, die in einem Motorrad deponiert war. Bei der Explosion in der Nähe einer Bank und eines Kontrollpunkts der Polizei wurden 21 Personen verletzt.

Bevölkerung unterversorgt

In Jaffna gab es wiederholt Proteste der Bevölkerung gegen die unzumutbaren Verzögerungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und anderen notwendigen Gütern. Allein von April bis Dezember 1997 gab es ein Defizit von Reis, Zucker, Linsen und Milchpulver.

Im August veröffentlichte das Ministerium für Rehabilitation neue Zahlen bezüglich der Unterstützung von Flüchtlingen. Derzeit gibt die Regierung monatlich umgerechnet 3,5 Millionen Mark für die Unterstützung von 126.000 aus ihren Heimatregionen vertriebenen Familien aus. Diese leben in 342 "Welfare-Centres" in zwölf Distrikten des Nordens und Ostens.

Die andauernden Konfrontationen im Vanni-Gebiet haben für eine neue Flüchtlingswelle aus dem Vanni auf die Halbinsel Jaffna gesorgt. Allein im August flohen mehr als 24.000 Personen nach Jaffna.

Hilfsorganisationen haben die Unterstützung von Flüchtlingen durch die Regierung als völlig unangemessen bezeichnet. Keine Angaben gibt es auch über die Zahl der Flüchtlinge, die derzeit nicht in den Genuß einer Unterstützung durch die Regierung kommen. Im Vanni selbst nimmt die Zahl unterernährter Personen zu. Zahlreiche Personen sind bereits aufgrund der Mangelerkrankung

gestorben.

Luftwaffe zerstört Schiff

Am 14. August nahm die srilankische Luftwaffe das Motorschiff 'Princess Kash' unter Feuer, das nahe der Ostküste Sri Lankas bei Mullaitivu vor Anker gegangen war. Offensichtlich fand zuvor ein reger Bootsverkehr zwischen dem auf Reede liegenden Schiff und der Küste statt. Offizielle Stellungnahmen sprachen nach dem Angriff, bei dem das Schiff zerstört wurde, von einem Entführungsfall durch die LTTE. Angehörige der LTTE hätten die 21 Besatzungsmitglieder unterschiedlicher Staatsangehörigkeit als Geiseln genommen. Von ihnen stammen 17 aus Indien (einschließlich des Kapitäns) und vier aus Sri Lanka (drei Sinhalesen, ein Muslim). Das 'Internationale Komitee vom Roten Kreuz' (IKRK) wurde durch die LTTE über die Geiselnahme informiert. Das Schiff habe sich in "tamilischem Gewässer" aufgehalten. Vier Tage später wurden die indischen Besatzungsmitglieder freigelassen. Sie trafen kurz darauf in Colombo ein und reisten wenig später nach Indien aus. Die vier srilankischen Geiseln befinden sich weiter in der Gewalt der LTTE, das IKRK hat jedoch Kontakt zu ihnen.

Der vom srilankischen Verteidigungsministerium erhobene Vorwurf einer Kollaboration des indischen Kapitäns mit der LTTE konnte nicht schlüssig nachgewiesen werden, die indische Regierung wies darüber hinaus auch solche Vermutungen strikt zurück. Letztlich stellte sich zumindest heraus, daß das Schiff vor der Reise nach Mullaitivu in Colombo festlag und dort mit verschiedenen (unter anderem auch in Jaffna nicht zugelassenen) Waren beladen worden war. Drei in Colombo ansässige Geschäftsleute waren für den Transport verantwortlich, sie sind inzwischen von den Behörden verhaftet worden.

Unruhiges Colombo

In den letzten Wochen gab es immer wieder Meldungen über Verhaftungen mutmaßlicher LTTE-Mitglieder in verschiedenen südlichen Landesteilen. In Kandy und Colombo wurden Waffenlager entdeckt, die zu einer weiteren Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen führten und eine noch stärkere Überwachung der tamilischen Bevölkerung

durch die Sicherheitskräfte zur Folge hatten. Wiederholt wurden Verhaftungen in großer Zahl durchgeführt.

In Colombo und zahlreichen Vororten der Hauptstadt nimmt die Anzahl gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Straßenbanden weiter zu. Immer wieder kommt es zu Schießereien zwischen Angehörigen rivalisierender Gruppen. Die brutale Ermordung eines jungen tamilischen Geschäftsmannes am 13. August ist einer der traurigen Höhepunkte dieser Gewalt. In vielen Teilen der Stadt hat sich aufgrund der Vorfälle ein sehr angespanntes Verhältnis zwischen Bewohnern und Polizei entwickelt. Besorgnis erregt auch die Tatsache, daß zahlreiche Armeedeserteure an den Gewalttaten beteiligt sind.

Wahlen unbestimmt verschoben

Seit dem 4. August gilt der seit längerer Zeit im wesentlichen auf Colombo und die Konfliktgebiete des Nordens und Ostens begrenzte Ausnahmezustand (Emergency Regulations) wieder landesweit. Mit einer Mehrheit von 116 Stimmen im Parlament wurde eine entsprechende Entscheidung herbeigeführt. 84 Parlamentarier hatten gegen diesen Schritt votiert.

Mit der Entscheidung, den Ausnahmezustand in Sri Lanka wieder auf das gesamte Land auszudehnen, sind die zunächst für den 28. August geplanten Provinzratswahlen auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Politische Beobachter sehen für die Ausweitung des Notstands allerdings weniger eine veränderte Sicherheitssituation als vielmehr politisches Kalkül, da eine Wahl zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglicherweise ungünstige Ergebnisse für die regierende 'Peoples Alliance' (PA) hätte.

Zahlreiche Oppositionsparteien wie UNP, JVP und kleinere politische Gruppen haben inzwischen die Justiz angerufen, um eine längere zeitliche Verschiebung zu verhindern.

Weiterhin keine Verhandlungen

Die Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung im Bürgerkrieg des Landes bleiben gering. Weiterhin dominieren in der Regierung militaristische Strömungen, die nicht müde werden, eine militärische Lösung zu favorisieren. Nach wie vor könne der gegenwärtige Krieg gewonnen werden, man solle nicht eher in Verhandlungen treten, bevor nicht der LTTE eine entscheidende militärische Niederlage zugefügt worden sei. Die Präsidentin sorgte derweil in einem Interview für Spekulationen, in dem sie Verhandlungen unter äußerer politischer Vermittlung als denkbar bezeichnete. Voraussetzung sei es, daß die LTTE ihre

Forderung nach einem unabhängigen Staat aufgeben. Wer jedoch in ihren Augen solch eine Rolle übernehmen könnte, ließ Chandrika Kumaratunga allerdings offen.

Pressefreiheit

In der jüngsten Vergangenheit wurden mehrere tamilische Journalisten in Sri Lanka verhaftet und unter Berufung auf den 'Prevention of Terrorism Act' festgehalten. S. Srigajan, ein langjähriger Einwohner Colombos und Mitherausgeber der tamilischen Tageszeitung 'Veerakesari' wurde im August in seinem Büro verhaftet. Seiner Festnahme folgte die Verhaftung des Vavuniya-Korrespondenten der gleichen Zeitung, P. Manikkavasagr. Es stellte sich später heraus, daß hier eine Verwechslung vorlag. Verhaftet werden sollte ein technischer Mitarbeiter von 'Veerakesari' mit gleichem Namen. Dieser wurde dann wenige Tage später ebenfalls verhaftet. Der Korrespondent war erst nach drei Wochen wieder auf freiem Fuß, ohne daß die Behörden irgendwelche Anschuldigungen gegen ihn erhoben hätten.

Der Journalist Madhusoothanam wurde Ende August in Colombo auf offener Straße von Polizisten in Zivil verhaftet und ohne Angaben von Gründen in einen Wagen gezerrt. Madhusoothanam befand sich zur Zeit seiner Verhaftung in Begleitung zweier indischer Professoren. Erst nach über 17 Stunden gelang es, ihn in einer Polizeistation auffindig zu machen. Dem Vater und einem für die Menschenrechtsorganisation 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE) arbeitenden Rechtsanwalt wurde jede Kontaktaufnahme verboten. Bei Redaktionsschluß befand sich der Journalist weiterhin ohne Anklage in Haft, zwischenzeitlich wurde von den Sicherheitskräften auch sein Bruder inhaftiert. Bei den Verhaftungen war das Vorgehen der Polizei gesetzeswidrig: Weder haben sich die Beamten bei der Verhaftung ausgewiesen, noch sind Angehörige über die Verhaftung informiert worden.

Auch die Herausgeber der englischsprachigen 'Sunday Times' und 'Sunday Leader' bekamen Besuch vom 'Criminal Investigation Department'. Die Nachrichtendirektorin der Rundfunkstation TNL, Ishini Wickremasinghe Perera, kündigte ihre Stelle und äußerte, daß sie zu diesem Schritt gezwungen worden sei. Seit ihrer Entscheidung erhielt sie mehrfach Drohungen.

Selbstmordrate weltweit am höchsten in Sri Lanka

In Sri Lanka bringt sich Schätzungen

zufolge pro Stunde mindestens ein Mensch um. Damit hat das südasiatische Land die höchste Selbstmordrate der Welt. Immer häufiger sind unter den Suizidopfern auch Kinder. Der Zustand der srilankischen Gesellschaft kann nicht anders denn als pathologisch bezeichnet werden, bedauert der Soziologe Karunatissa Athukorale von der Universität in Peradeniya. Als häufigste Gründe für einen Suizid nennt er Depressionen aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder zerrütteten Familienstrukturen sowie andere psychische Erkrankungen. Der Griff zu den in Sri Lanka überall erhältlichen hochgiftigen Insektiziden ist laut Athukorale das am häufigsten angewandte Mittel zur Selbsttötung auch unter Kindern. Bedauerlicherweise hat sich in Sri Lanka eine regelrechte Selbstmordtradition entwickelt. "Erst unlängst haben sich in der Stadt Tanamalwila zwei Kinder mit Insektenvernichtungsmitteln umgebracht, weil sie von den Eltern beim Rauchen erwischt wurden". Um solche Fälle zu verhindern, denkt die Regierung in Colombo über eine strikte Verkaufskontrolle von Insektiziden nach. Geraten hat ihr dazu eine von Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga eingesetzte Sonderkommission, die sich mit der hohen Selbstmordrate in Sri Lanka befaßt. Ganz abgesehen von den tragischen Schicksalen hinter den Suiziden müsse man fragen, ob sich ein so armes Land wie Sri Lanka den Verlust von derart vielen Arbeitskräften und die anfallenden Kosten für die Betreuung der Hinterbliebenen leisten könne, meint Athukorale. Immerhin gebe der Staat derzeit etwa 16 Millionen für Hinterbliebene und weitere 48 Millionen Dollar für die Pflege derer aus, die mit dem Angriff auf ihr Leben keinen Erfolg gehabt hätten.

Die höchste Selbstmordrate innerhalb Sri Lankas haben die ländlichen Regionen, in denen vornehmlich landlose Bauern leben. Auch gebe es, wie Athukorale betont, weitere deutliche Zusammenhänge zwischen Politik und Selbstmordrate. So sei die Suizidrate unter den sozialistischen Regierungen Sri Lankas entschieden niedriger gewesen als seit Einführung der Marktwirtschaft zum Ende der 80er Jahre. Seine Studien legten die Schlußfolgerung nahe, daß das gegenwärtige System an den Selbsttötungen zu einem großen Teil mit Schuld sei, weil es nicht helfe, die Ärmsten der Armen zu schützen und in die Gesellschaft zu integrieren. Einen solchen Zusammenhang belege die Tatsache, daß nicht eines der srilankischen Ministerien, die sich um Themen wie Soziales, Kinder und Jugendliche kümmerten, mit der Selbstmordrate befaßt sei.